

Gosener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Euro-oen-
Annahme-Bureaus.
Dr. Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Danck & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Kloss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 416.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 17. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgestaltige Petzzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 16. Juni. Der König hat geruht: den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor Rötger zum Präsidenten der Seehandlung zu ernennen; den Ersten Staatsanwalt von Wille bei dem Landgericht zu Braunsberg in gleicher Eigenschaft an das Landgericht in Nordhausen zu versetzen; die Gerichts-Assessoren Schulz in Dortmund und Niemeyer in Hildesheim, te Peerd in Eßen, Haberstroh in Senftenberg und Emil Goldschmidt in Tost zu Amtsrichtern zu ernennen; sowie dem Weinbändler Emil Spriegel und dem Büchermeister Albert Korn jun. zu Königsberg i. Pr. das Prädikat königlicher Hof-Lieferanten zu verleihen.

Der Navigations-Schullehrer, Schiffskapitän Dinklage ist zum Abtheilungsvorsteher bei der Seewarte in Hamburg ernannt worden.

Politische Übersicht.

Posen, den 17. Juni.

Gestern ist in Berlin die Nachkonferenz zusammengetreten, welche den Zweck hat, einen der wichtigsten aus der großen orientalischen Liquidation noch unerledigten Streitpunkt einer gütlichen Ausgleichung entgegenzuführen. Es handelt sich um die im Berliner Frieden (Art. 24) vorgesehene Vermittelung der Mächte, falls über die seitens des Kongresses nur in ganz allgemeinen Grundrissen festgesetzte Grenze zwischen der Türkei und Griechenland eine Verständigung unter den nächstbeteiligten Mächten nicht zu Stande kommen sollte. Die Konferenz hat sonach nur eine kleine Nachlese zu den Festsetzungen des Kongresses abzuhalten und kann an Wichtigkeit mit jenem großen Friedensareopag von ferne nicht verglichen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mächte sich über ein Stück Landes in Thessalien oder Epirus mehr oder weniger nicht zu einigen vermöchten, und ebensowenig ist anzunehmen, daß die Pforte sich dem einmütigen Schiedsspruch der Mächte widersehen werde, wenngleich sie den zu erwarten den Beschlüssen einige Vorbehalte und Verwahrungen entgegenbringt. Man wird somit erwarten dürfen, daß diese Differenz endlich beglichen wird. Es sind jetzt gerade zwei Jahre her, daß der Kongreß seine Arbeiten begann. Man hat über seine Leistungen mehr Tadel als Lob gehört, allein bei dem neuen Zusammentritt einer Diplomatenversammlung, die eine Lücke an dem Werk des Kongresses ausfüllen will, drängt sich doch die Anerkennung auf, daß der Berliner Frieden wenigstens zwei Jahre vorgehalten hat, daß er den einzigen festen Punkt in einem Meer voll Verwirrung bildet, und daß seine Schöpfungen in Frage zu stellen, offenbar keine der Mächte gegenwärtig geneigt ist. Die damals geschaffenen Grundlagen mögen daher immerhin für eine längere Reihe von Jahren vorhalten, und das ist Alles, was man von den damals so mühsam getroffenen Verhandlungen erwarten konnte. Eine auf Menschenalter hinaus einbarbare Ordnung unter jenen unendlich schwierigen und verhältnisnissen herzustellen, ist eine unmöglich zu erfüllende Aufgabe. Das Tagen des Kongresses in der deutschen Reichshauptstadt war eine Anerkennung der vermittelnden und friedensstiftenden Bestrebungen der deutschen Regierung und in demselben Sinne wollen wir auch das kleine Nachspiel begrüßen, das sich soeben entfaltet, den Zusammentritt der Vertreter der Großmächte unter dem Schutze des deutschen Kaisers zu dem Zwecke, eine der brennenden Fragen, die sich durch ihre weitreichenden Beziehungen zu einer Angelegenheit der gesamteuropäischen Politik gestaltet, durch friedliche Verständigung aus der Welt zu räumen.

Der telegraphisch bereits zitierte Artikel der „Provinz-Korrektur“ lautet:

„Der Artikel 24 des Vertrages von Berlin vom 13. Juli 1878 lautet in deutscher Übersetzung: „In dem Fall, wo die Pforte und Griechenland nicht dazu gelangen sollten, sich über die Grenzberichtigung zu verständigen, wie sie im 13. Protokoll des Kongresses von Berlin angezeigt ist, behalten Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Russland sich vor, beiden Theilen ihre Vermittelung anzuwenden, um die Abmachungen zu erleichtern.“ In dem angeführten Protokoll hat der Kongreß die Pforte eingeladen, sich mit Griechenland wegen Berichtigung der beiderseitigen Grenze zu verständigen. Der Kongreß hat gleichzeitig die Ansicht ausgesprochen, daß Basis der Berichtigung eine Linie dienen könnte, welche von dem Fluss Salambria in Thessalien ausgehend, bei dem Fluss Calama in Epirus enden würde.

Diese Linie konnte nur die allgemeine Richtung der Grenze anzeigen, indem nur die Endpunkte, nicht aber der Lauf der Linie selbst bezeichnet waren. Um diese Zeichnung zu erreichen, hat Griechenland mit der Pforte wiederholte Verhandlungen angeknüpft, welche jedoch ohne Resultat geblieben sind. Es schien daher den Mächten, welche durch den oben angeführten Artikel 24 des Berliner Friedensvertrages verpflichtet haben, ihre Vermittelung zur Erleichterung der Abmachungen, wenn dies nötig werden sollte, eintreten zu lassen, nun mehr, nachdem seit der Unterzeichnung des Vertrags von Berlin beinahe zwei Jahre verflossen, angezeigt, diese Vermittelung in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck wird heute, am 16. Juni, in Berlin eine Konferenz der sechs im Artikel 24 genannten Mächte zusammentreten. Zur Konferenz bewollmächtigt sind die beim deutschen Kaiser beglaubigten Botschafter der genannten Mächte und deutscherseits der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Aufgabe der Konferenz wird zunächst sein, dem Lauf der im Protokoll des Berliner Kongresses angezeigten Linie die möglichste

Bestimmtheit zu geben und alsdann der Pforte wie dem Königreich Griechenland die Annahme dieser Linie zu empfehlen, um dieselbe zwischen ihnen vorzunehmenden Grenzberichtigung zu Grunde zu legen.

Um den zweckentsprechenden Lauf der Grenzlinie ermitteln zu können, sind den Mitgliedern der Konferenz, deren Beschlüsse nach Stimmenmehrheit gefaßt werden sollen, technische Beiräthe an die Seite gegeben.

Der Zusammentritt der Konferenz ist auf Einladung der deutschen Regierung erfolgt, nachdem die Anregung dazu von England und Frankreich ausgegangen war und sämtliche beteiligte Mächte sich mit dieser Anregung einverstanden erklärt hatten.

Die „Alt. Anz.“ melden: Der Finanzminister Bitter wird mit mehreren Zolltechnikern im Laufe dieser Woche in Altona eintreffen, um sich über die zwischen Hamburg und Altona zu ziehende Zollgrenze vom Sommersteg bis zur Gr. Gärtnersstraße und wie sie weiter laufen soll, zu informiren. Gleichzeitig wird eine Prüfung darüber stattfinden, ob zwei- oder einreihige Pallisaden erforderlich und ob diese von Holz oder Eisen anzufertigen sind. Ferner wird darüber Bestimmung getroffen werden, wo Nebenzollämter errichtet werden sollen, welche Grundstücke anzukaufen sind u. dergl. m. Nach Feststellung dieser Punkte wird ein Kosten-Anschlag ausgearbeitet werden, welcher beim Landtag im Februar 1881 zur Vorlage gelangt. Nach erfolgter Bewilligung der Gelder, worauf mit dem Ankaufe der Grundstücke vorgegangen und die Errichtung der Zollgrenze vorgenommen wird, dürfte immerhin noch ein Jahr vergehen, bis die Einverleibung Altonas in den Zollverein zur Thatsache geworden ist.

Die amtliche „Wiener Zeitung“ von gestern Abend veröffentlicht die österreichische Handelskonvention, sowie das Gesetz, betreffend die Regelung des Veredelungsverkehrs im Verordnungsministerium. Die gleichzeitig veröffentlichte Verordnung des Gesamtministeriums regelt im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung den Veredelungsverkehr mit Deutschland bis zum 30. Juni 1881. Nachdem durch das englisch-französische Vorgehen die Handelsverträge wieder in Fluß gebracht worden sind, wird voraussichtlich auch das deutsch-österreichische Verhältnis nicht mehr lange in seiner jetzigen Schwäche bleiben können.

Für die französische Amnestiefrage ist die neulich erfolgte Wahl des Kommunarden Trinquet zum pariser Munizipalratsmitgliede nicht bedeutungslos. Trinquet, seines Zeichens Schuster, augenblicklich aber Galeerensträfling in Neukaledonien, hat nicht allein den opportunistischen, sondern auch den radikalen Kandidaten der Partei Clemenceau besiegt. „Keine Weichherzigkeit!“ war das Lösungswort. Vorsichtige riethen zwar ab: die Wahl Trinquets werde die Regierung stützlich machen und die Amnestie verzögern; indeß auf einige Tage mehr oder weniger kommt nicht an, seitdem die Prinzipienfrage entschieden zu sein scheint. Im Ministerrath schwankt man freilich noch zwischen vollez Begnadigung (ohne Wiederherstellung der politischen Rechte) und voller Amnestie, und ein Minister will sogar sein Portefeuille an dieses Dilemma wagen. Aber er wird sein Portefeuille verlieren, wenn er sich der Amnestie widersetzt; denn das die Begnadigung werthlos ist, hat die Wahl Blanquis gezeigt, daß aber auch die Amnestie nicht im Stande sein wird, den Radikalen den Mund zu stopfen, das ist die Meinung aller Politiker. Die „République française“ bemerkt: „Vom Standpunkte der Menschlichkeit aus gilt die Begnadigung etwas; vom politischen Standpunkt aus nichts.“ Das linke Zentrum des Senats denkt freilich anders, denn es hat sich in einer besondern Versammlung gegen die Amnestie erklärt. Nun aber wollen sich die Jesuiten bekanntlich auf ihre Eigenschaft als französische Bürger steifen! Auf die Denkschrift Rouffes in Betreff der Märzdekrete antwortet die „République française“: Wir erinnern an das Wort Pius IX., das er durch Antonelli mittheilte: „Jeder, der in einen Orden eintritt, verliert seine Nationalität, gehört nur noch dem heiligen Stuhlein.“

Bei öffentlichen Festmahlen schlagen Minister, denen die Aufgabe, eine Nachtschrede zu halten, zu theil wird, in der Regel einen hoffnungsvollen Ton an. Lord Granville befürt dafür eine ganz ausgezeichnete Begabung, und doch — wer die Rede liest, die er am 12. Abends bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Festessen der Fischhändler-Gilde hielt, wird alles eher behaupten wollen, als daß er sich über die mutmaßlichen Erfolge der englischen Politik in der Türkei besonders hoffnungsvoll geäußert habe. Wohl rügte er im Vorübergehen, daß Lord Salisbury binnen wenigen Tagen zweimal lautete Zweifel an der Einstimmigkeit des europäischen Konzerts habe laut werden lassen und dadurch den Sultan mittelbar zur Widerseitigkeit gegen die Forderungen der Mächte ermuntert haben können; er selber aber vermag sich nicht, diesem Zweifel mit Thatsachen entgegenzutreten, überging die Sendung Goschens mit auffallendem Schweigen und begnügte sich mit folgenden bescheidenen Bemerkungen:

„Es wird, wie ich glaube, allgemein zugestanden, daß unsere Absichten (voller Durchführung des Berliner Vertrags) wünschenswerth und in sich selber gut sind und daß es demgemäß kein großer Fehler von unserer Seite ist, wenn wir bemüht sind, sie zu verwirklichen. Mir

aber gereicht es im Hinblick auf die Zukunft zum großen Trost, daß da niemand Unmögliches thun kann, kein denbarer Tadel die Regierung Ihrer Majestät treffen könnte, wenn die Erreichung der von ihr erstreuten Zielen ihr vollständig fehlgeschlage. Wenn andererseits der Friede und das europäische Konzert, wie ich hoffe, erhalten blieben — ich spreche in Gegenwart eines Mannes, der mir nicht widersprechen wird, wenn ich sage, daß die Anzeichen bezüglich dieses Konzerts in diesem Augenblick äußerst günstig sind — und wenn wir auf solche große Art einige Fortschritte in der Lösung der für das gefährliche Europa so gefährlichen orientalischen Frage erzielen, dann würden wir, meinem Daftürkenthal nach, doch Anspruch auf einiges Lob erheben dürfen. Ich brauche Ihnen nicht erst zu bemerken — Sie wissen es ja so gut wie ich —, daß die europäischen Mächte verschiedene Interessen verfolgen, verschiedene Sympathieen bestehen und möglich auch verschiedene örtliche Zweck ihres Ehrgeizes im Auge haben; aber höher als alle diese Interessen steht die Wahrung des Friedens und die Abwesenheit aller Veranlassungen, die zum Kriege führen könnten. Allerdings ist es möglich, denn es ist schon oft in menschlichen Dingen vorgekommen, daß größere und wichtigere Interessen durch kleinere in den Hintergrund gedrängt werden; aber so ich es nicht selber sehe, will ich nicht glauben, daß dies jetzt geschehen werde. Was ich mir zu sagen erlaube, ist dies, daß, wofern eine gemeinsame Aktion Europas nicht aufrechterhalten werden oder wenn aufrechterhalten doch ihren Zweck nicht erreichen sollte, die Schuld nicht in dem Mangel an Verjährlichkeit, Offenherzigkeit und Festigkeit der englischen Regierung liegen würde.“

Von irgendwelcher großen Zuversicht ist, wie aus Obigem ersichtlich, im Herzen Lord Granvilles wenig zu entdecken. Er verwahrt sich von vorn herein gegen Vorwürfe, wenn die Regierung nicht im Stande sein sollte, Unmögliches möglich zu machen, und das Verhüligendste, was er vorzubringen weiß, ist die Berufung auf einen der anwesenden Herren, daß „die Anzeichen bezüglich des europäischen Konzerts im gegenwärtigen Augenblick äußerst günstig sind.“ Unter diesem Herrn muß er wohl den deutschen Botschafter, Grafen Münnster, gemeint haben, da außer ihm nur ein einziger hoher Diplomat, nämlich der amerikanische Gesandte, Herr Lowell, zugegen war, der in die Stimmung des besagten Konzerts schwerlich eingeweih ist, auf keinen Fall als Gewährsmann für sie gelten kann. Graf Münnster, der in Abwesenheit von Musurus Pascha die Doyenisse der londoner Diplomatie vertritt, ließ sich seinerseits nicht auf eine Erörterung der schwierigen Frage ein. Ihm war die Aufgabe zugefallen, den vom Gildenvorsteher ausgetragenen Trinsspruch auf die Botschafter und Gesandten zu erwidern, und ihrer entledigte er sich in höchst taktvoller Weise mit freundlichen Bemerkungen über das weise Festhalten der Engländer an alten Bräuchen und mit einigen sehr warmen Worten der Anerkennung für Lord Granville. Seine Rede fand lebhaften Anklang, nicht minder die Brights, in welcher er erklärte, daß das jetzige Unterhaus das tüchtigste sei, das England seit der Reformbill besessen, und die feste Zuversicht aussprach, daß das jetzige Ministerium, wenn ihm genügender Spielraum gelassen und es durch die ungestümen Geister der eigenen Partei nicht allzuheftig nach vornwärts getrieben würde, alle gerechten Erwartungen des Landes erfüllen würde. Was sonst noch gesprochen wurde, erhob sich nicht über Gelegenheits-Förderlichkeiten.

Die parlamentarischen Zustände in Italien sind noch immer unsicher. In den nächsten Tagen dürfte das Kabinett keinen erheblichen Angriff zu bestehen haben, weil die Berathung des Budgets nur einmal glücklich angefangen ist und niemand, auch die Opposition nicht, die Lust verspürt, hierbei ein Spektakelstück zu arrangieren. Wenn die Budgets bewilligt sind, kommen die großen Fragen der Mahlsteuer und der Wahlreform an die Reihe; das Kabinett wünscht auch die noch ruhig zu überleben, Crispi und Genossen dagegen wollen ein Misstrauensvotum herbeiführen; ob es gelingt, bleibt abzuwarten. Die Kommission für die Wahlreform ist zusammengetreten und hat ihre Berathungen begonnen; der meist bestrittene Punkt ist die Einführung der Listenabstimmung, welche deren Gegner auf die großen Städte beschränken möchten.

Der Papst hat sich an die wiener Regierung gewandt und gebeten, der österreichische Vertreter möge bei der betreffenden Konferenz Religionsfreiheit in Marokko verlangen. Österreich hat sich bereit erklärt, diesen Vorschlag zu machen und ein Rundschreiben über die Frage an die bei der madrider Konferenz beteiligten Regierungen geschickt.

Der preußische Beamtenverein.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt:

„Unter den vielen, in neuester Zeit zu gemeinnützigen Zwecken begründeten größeren Vereinen dürfte wohl schwerlich einer zu finden sein, der sich eines so schnellen und erfolgreichen Aufschwunges rühmen könnte, wie der preußische Beamtenverein. Liegt für uns darin einerseits ein beredter Beweis: wie sehr die speziellen Ziele, welche dieser Verein verfolgt, dem allgemeinen Bedürfnis entsprechen, so erblicken wir darin andererseits auch zugleich die Aufforderung, die Auferksamkeit unseres Leserkreises wiederholt auf die erfolgreiche Tätigkeit dieses Vereins hinzu lenken.“

Ansfangs nur in einem kleinen Kreise und vorzugsweise zur Befriedigung rein lokaler wirtschaftlicher Bedürfnisse angeregt, hat der praktische Gedanke, dem der Verein seine Entstehung verdankt, bald in den weitesten Kreisen zahlreiche Anhänger gefunden und eine, man kann sagen, ungeahnte soziale Bedeutung gefunden.

Die Idee zur Begründung des preußischen Beamtenvereins ging

ursprünglich bekanntlich 1872 aus den Kreisen der Bureaubeamten der Landdrostei in Hannover hervor. Dieselben dachten zunächst nur daran, eine Vereinigung der Beamten der Provinz Hannover zu wirtschaftlichen Zwecken zu bringen und dieselbe auf den Prinzipien der Gegenständigkeit und Selbsthilfe zu begründen. Nachdem ein vom Regierungsssekretär Hoffmann ausgearbeitetes Promemoria über den Gegenstand im August 1872 die Zustimmung des damaligen Landdrosten, Herrn von Leipziger (gegenwärtig Oberpräsident in Hannover), gefunden hatte, traten am 18. April 1873 zwanzig Beamte in Hannover zu näherer Berathung zusammen. Das von diesen Beamten gewählte Komite legte großes Gewicht darauf, daß auch die höheren Beamten sich der Sache widmen sollten, und wandte sich vertrauensvoll an den Nachfolger des Herrn Leipziger, den Herrn Landdrosten v. Boetticher (jetzige Oberpräsident in Schleswig). Letzterer lud am 17. Mai 1873 Beamte aller Behörden in Hannover zu einer Besprechung zusammen. Auch hier gingen die Ideen der Anwesenden zunächst auf verschiedene wirtschaftliche Zwecke (Sparkasse, Vorrichtungen, Konsum- und Wohnungsbereiche u. dergl.). Indessen wurde die Versammlung sich bald klar, daß, wenn man die materiellen Interessen des Beamtenstandes in verschiedenster Richtung fördern wollte, man doch nach dem Muster des I. Allgemeinen Beamtenvereins für die österreichisch-ungarische Monarchie in Wien ein Lebensversicherungsprojekt als erste Grundlage der Vereinstätigkeit wählen müsse. Die Versammlung wählte ein Komite aus 14 Personen und beauftragte dasselbe, als Gründungskomitee des Vereins zu fungieren. Da man aber ein Lebens-Versicherungs-Unternehmen nicht auf eine einzelne Provinz beschränken konnte, so mußte zunächst ermittelt werden, wie die Beamten in anderen Provinzen sich zu dem Projekt stellen würden. Man versandte deshalb Zirkulare an sämtliche Behörden des preußischen Staates mit der Bitte um thunliche Verbreitung. Die Empfänger des Zirkulars werden ersucht, sich darüber zu erklären, ob sie sich entweder mit einer Versicherung oder durch Zeichnung von Anteilscheinen an dem Garantiefonds des Vereins beteiligen wollten.

Das Ergebnis war überraschend. Aus allen Provinzen kamen freudige Aufmunterungen und zahlreiche Erklärungen der Beteiligung. So konnte denn das Komite an die Aufstellung des Statuts gehen, da die rege Beteiligung an dem Unternehmen zweifellos war.

Durch Allerhöchsten Erlass vom 29. Oktober 1875 wurde dann das mehrfach verbesserte Statut genehmigt und dem Verein, die Rechte einer juristischen Person verliehen, und die darauf vom Komite im November 1875 erlassene Auflösung zum nunmehrigen Beirat brachte es dahin, daß bis Mai 1876 der Garantiefonds voll gezeichnet und Lebens-Versicherungsanträge in der erforderlichen Höhe eingegangen waren. So erfolgte denn am 6. Juni 1876 die Wahl des Verwaltungsraths und die vorläufige Einführung der Direktion. Am 1. Juli 1876 begann der Verein seine Geschäftstätigkeit, nachdem die Erfüllung der statutenmäßigen Bedingungen der Aufsichtsbehörde durch notarielles Protokoll nachgewiesen war.

Wie glänzt sich die Erfolge der Vereinstätigkeit gerade auf dem Gebiete des Versicherungswesens entfalten, ergibt schon ein oberflächlicher Blick auf die Zunahme des Versicherungsbestandes in den ersten drei Geschäftsjahren. Danach betrug nämlich der Bestand:

ult. 1877.	1380 Leb.-Ver.-Pol.	über 4,870,200 M.
	574 Kap.	1,261,800 "
ult. 1878.	Sa. 1954 Pol.	über 6,132,000 M.
	2110 Leb.-Ver.-Pol.	7,405,400 "
	829 Kap.	1,646,700 "
ult. 1879.	Sa. 2939 Pol.	über 9,052,100 M.
	3070 Leb.-Ver.-Pol.	10,657,700 "
	1128 Kap.	2,164,250 "
	Sa. 4198 Pol.	über 12,821,950 M.

Die Billigkeit der Prämien, der Fortfall der Aufnahmekosten, die geübte Rücksicht bei Nichtzahlung der Prämien, die sofortige Auszahlung der versicherten Summe, der Modus der Dividendenvertheilung, die gewährten Beträge bei Aufgabe einer Versicherung sowie die allgemeine Solidität des Instituts überhaupt, sind wohl als die Hauptursache der über alles Erwarteten lebhaften Beteiligung der Beamtenkreise gewesen und werden es sicher auch bleiben.

Neben der Lebens- und Kapitalversicherung hat der Verein mittlerweile auch die abgekürzte Lebensversicherung, die Lebensversicherung mit abgekürzter Prämienzahlung, die Leibrentenversicherung, die Kriegs- und Marineversicherung und ein ausgedehntes Darlehnswesen, namentlich auf Kautionsdarlehen, unter den denkbar günstigsten Bedingungen für das Beamtentum in seinem Wirkungskreis gezogen, und es verdient dabei wohl hervorgehoben zu werden, daß aus den sämtlichen Darlehngeschäften des Vereins Berlin noch nicht eingetreten sind.

Schließlich möchten wir noch betonen, daß der Preußische Beamten-Verein sich die Förderung der materiellen Interessen des deutschen Beamtenstandes (Reichs-, Staats-, Kommunal-Beamte, Geistliche, Ärzte, Lehrer, Privat-Beamte) im weitesten Umfang zur Aufgabe macht. Wenn er auch vorerst sich Preußischer Beamten-Verein nennt, so ist damit doch nur ausgesprochen, daß er bei seinem verhältnismäßig noch kurzen Bestehen sich zunächst an die preußischen Beamten wenden will, ohne auszuschließen, daß er mit wachsendem Umfang seinen Namen der Sache gemäß ändert. Die materiellen Interessen der preußischen Beamten gehen zweifellos in denen der deutschen Beamten auf.

Auch hier in Posen hat sich, wie wir bereits mitgetheilt, eine Filiale des preußischen Beamten-Vereins gebildet.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Juni. [Treitschke über die Hamburger Frage.] Als anlässlich der Interpellation über die Freihafenstellung Hamburgs und der Debatte über die Elbschiffahrtsakte im Reichstag über die künftige Stellung der Stadt Hamburg verhandelt wurde, versuchte der Abg. von Treitschke vergeblich, das Wort zu erhalten; was er damals sagen wollte, hat er jetzt im neuesten Heft der „Preuß. Jahrbücher“ drucken lassen und so vermutlich den an ihm ganz ungewohnten Akt der Opposition wieder gut gemacht, daß er in dasselbe Heft einen Artikel gegen die Kirchenpolitische Vorlage aufgenommen, als dessen Autor ein bekanntes Mitglied der außerordentlichen Rechten der Nationalliberalen gilt. Seinen Aufsatz in der Hamburger Angelegenheit überschreibt Herr v. Treitschke: „Der letzte Akt der Zollvereins-Geschichte“, und durch die nähere Ausführung des somit angedeuteten Gedankens: daß die Aufhebung der Freihäfen der Abschluß der preußischen Zollvereinspolitik sein würde — gelangt er dazu, dem Hindrängen auf jene Maßregel eine höhere nationalpolitische Bedeutung beizulegen; war jene Zollvereinspolitik doch die Vorbereitung der politischen Einigung. Indes mit dieser Argumentation wird Herr v. Treitschke wohl nicht viel Anfang finden: eine — angebliche — Konsequenz jener Politik der Vorbereitung auf den nationalen Staat zu ziehen, ist, nachdem dieser seit zehn Jahren vollendet ist und die beiden Freihäfen mit umfaßt, jedenfalls nicht mehr nothwendig. Seine sachlichen Argumente hat der Freihändler Treitschke, der allerdings für den neuen Zolltarif stimmte, durchweg von den Schutzzöllnern entsehnt, denen er die Klagen,

dass Hamburg sich zu wenig um den Export deutscher Erzeugnisse kümmere etc., lediglich nachspricht; und was die Rechtsfrage betrifft, so legt er die bekannte Berufung an „jeden Unbefangenen“ ein: dieser müsse begreifen, daß der Kanzler sogar betreffs St. Pauli's Recht habe. Allerdings ist Herr von Treitschke, wie er selbst in Erinnerung bringt, bereits 1867 gegen die Beibehaltung von Freihäfen aufgetreten, und er ist daher nur konsequent, wenn er jetzt dem Fürsten Bismarck beispringt, was er ja in vielen anderen Fällen auch auf die Gefahr der größten Inkonsistenz gethan hat; aber es brauchte vielleicht nicht in der schwer zu qualifizierenden Manier zu geschehen, daß er sich sogar die Bismarck'sche Verweisung der Freihändler unter die Reicheinde aneignet. Er habe — erzählt er — neulich einem „Nichts-als-Freihändler“ gesagt: „Für Euch hört das Vaterland da auf, wo der Freihandel anfängt“, und darauf die Antwort erhalten: „Allerdings“. Herr v. Treitschke wird schon den Freihändlern gestatten müssen, dieser Erzählung so lange den Glauben zu versagen, bis er den Namen seines „Nichts-als-Freihändler“ kennt. Über einen solchen Zweifel wird ein Autor sich nicht beklagen können, welcher trotz des bekannten Briefes des Kanzlers an den Finanzminister Bitter jetzt zu spotten vermöge: den geängsteten Gemüthern der Hamburger sei „der harmlöse (!) Artikel 4 der neuen Elbschiffahrtsakte plötzlich als eine schlimme Falle erschienen, welche der heimtückische Reichskanzler dem unglücklichen Hamburg gestellt habe“. Die Loyalität dieser übel angebrachten Ironie steht ungefähr auf gleicher Stufe mit der Sachkenntnis der Versicherung des Verfassers: die Nothwendigkeit, daß die nach Hamburg gehenden Seeschiffe künftig bei Turhafen Zollbeamte an Bord nehmen müssten, bedinge nur „eine geringfügige Unbequemlichkeit, die unter ernsthaften Männern nicht der Rede werth ist“. Als Herr v. Treitschke das schrieb, wußte er noch nicht, daß der Finanzminister Bitter, der doch wohl zu den „ernsthaften Männern“ zu rechnen ist, die Nothwendigkeit anerkannt hatte, das An Bordnehmen von Zollbeamten, weil es zuweilen unmöglich und immer hinderlich sein würde, durch das bloße Aufziehen einer Zollflagge zu ersezten.

Nachfolgende Allerhöchste Dankschreiben sind den städtischen Behörden Berlins zugegangen und in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung verkündet worden.

Das Schreiben S. Majestät des Kaisers und Königs lautet:

Von dem Magistrat und den Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin sind Mir in gewohnter Treue und Anhänglichkeit zu der kürzlich stattgehabten Verlobung Meines vielgeliebten Enfels, Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Augusta Victoria zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg herzliche Glückwünsche dargebracht worden. Dieselben haben Mich im Gefühl der hohen Freude, mit welcher Mich dieses hohe, Glück verheiße, das Ereignis in Meinem Königlichen Hause erfüllt, sehr wohlthuend berührt, und Ich bin dadurch in der Überzeugung nur bestärkt worden, daß der erste, bedeutungsvolle Schritt des jungen Prinzen, dessen Geschichte sich dermaleinst, so Gott will, mit denen des Vaterlandes zu einer engen Gemeinschaft verknüpfen werden, in allen Schichten Meines getreuen Volkes, insbesondere in der Hauptstadt, von warmer und aufrichtiger Theilnahme begleitet wird. Ich fühle Mich daher gedrungen, den städtischen Behörden für den bereiteten Ausdruck Ihrer Empfindungen Meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, den 10. Juni 1880.

gez. Wilhelm.

An den Magistrat und die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Das Schreiben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin hat folgenden Wortlaut:

Die warmen Worte, welche von dem Magistrat und den Stadtverordneten an Mich gerichtet worden sind, um der Beteiligung der Reichs-Hauptstadt an Unserem glücklichen Familieregnis Ausdruck zu geben, haben Mich wahrhaft erfreut, und Ich danke Beiden in der frohen Stimmung, welche dieser schönen Veranlassung entspricht. Es war für Mich ein Opfer, Mich nicht ebenso an der offiziellen Verlobungsfeier beteiligen zu können, als es Mir damals vergönnt war, im engeren Kreise das Lebensglück Meiner geliebten Enkel sich entscheiden zu sehen. Möge Gottes Segen ihrem erhabenen Beruf für das Vaterland den besten Erfolg gewähren. Sie werden Erben einer Gesinnung sein, die sich jetzt wieder als schönste Überlieferung der Vergangenheit bewährt.

Koblenz, den 11. Juni 1880.

gez. August.

An den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin.

Locales und Provinzielles.

Posen, 17. Juni.

r. Militärisches. Der kommandierende General des II. Armeekorps, General v. Wenckebach, traf gestern Nachmittag von Stettin hier ein und reiste sofort weiter nach Gniezen zur Inspektion des 49. Infanterie-Regiments.

r. Ertrunken. Am vorigen Sonnabende Abends machte der Sohn eines hiesigen Rentiers mit einem Freunde in der Nähe des Schillings eine Kahnpartie, entkleidete sich dabei und sprang ins Wasser, um den Kahn schwimmend zu begleiten; dies gelang ihm aber nur kurze Zeit, er wurde vom Strome erfaßt und ging unter; die Leiche ist erst einige Tage darauf in der Nähe der Wolfsmühle gefunden worden.

r. Gefunden wurden am 16. d. M., Abends, auf dem Perron an der Westseite des Empfangsgebäudes auf dem Centralbahnhof von einem Telegraphenboten 5 Reichsbanknoten à 100 M.

Diebstähle. Einem Schuhmachermeister ist aus unverschlossenem Zimmer seiner Wohnung im Hause Gr. Gerberstraße 35 am Montage eine silberne Zylinderuhr, gez. Nr. 2323, entwendet worden. — An denselben Tage und in der darauf folgenden Nacht wurden mehrere Einbrüche verübt: in einer Bodenammer im Hause Alten Markt 91, wo ein großes Kopfkissen gestohlen wurde; in einem Fleischladen auf der Friedrichstraße, wo die Ausführung des Diebstahls jedoch vereitelt wurde, und in mehreren Kellern des Hauses St. Martin 55, wo eine Quantität Kohlen und Lebensmittel entwendet wurden.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Stettin, 16. Juni. [Wollmarkt.] Der Preis für gute Qualitäten blieb wie im vorigen Jahre, geringere Sorte 9 M. niedriger. Der Markt ist bis auf einige 100 Ztr. geräumt.

** Leipzig, 16. Juni. [Wollmarkt.] Nachmittags, bis Mittags 12 Uhr verkauft. Etwa dreiviertel derselben waren vorjährigen nachstehend. Bei einigen wenigen guten Wäschchen wurden die vorjährigen Preise, bei ganz gelungenen Wäschchen 3—6 M. pro Ztr. mehr als im vorigen Jahre bewilligt, während bei vernachlässigten Wäschchen 5—8 M. weniger als im vorigen Jahre gezahlt wurden. Das Geschäft ist schleppend.

** Leipzig, 16. Juni. [Wollmarkt.] Abends 6 Uhr 40 Min. Zur Stunde ist der Markt fast geräumt. In den Preisen ist keine Aenderung eingetreten.

△ Warschau, 14. Juni. [Original-Wollmarktsbericht.] Heute herrscht viel Leben auf dem Marktplatz. Seit meinem letzten Bericht hat sich die Zufuhr bedeutend gesteigert und heute sind die Bankwagen kaum mehr im Stande, die Arbeit des Wiegens zu bewältigen. Am 11. d. M. betrug die Zufuhr 2627蒲. am 12. d. M. 1266蒲. und gestern stieg sie auf 4230蒲. Heute ist die Menge der herbegebrachten Wolle amtlich noch nicht publizirt. Trotzdem die Zufuhr eine sehr bedeutende ist, hat sie die vorjährige noch nicht erreicht. Angesichts dessen, daß die Schur in Folge der schlechten Witterung am Ende des vorigen und am Anfang dieses Monats verzögert wurde, und deshalb auch die Produzenten sich mit dem Herbeschaffen der Wolle verärgerten, wird wohl die Dauer des Marktes um einige Tage verlängert werden. Von bedeutenden Abschlüssen hört man nichts. Heute brachte Herr Buchwald-Banocie (Posen) und Graf Grünen-Ludwigshof (Schlesien) Prachtböde auf den hiesigen Markt. Der erstere hat 5 Stück im Preise von 50—150 Rubel, der letztere 10 Stück zum Preise von 25—100 Rubel hergebracht.

** Gothaer Lebensversicherungs-Bank. Nach dem in diesen Tagen zur Veröffentlichung gelangten ausführlichen Geschäftsbericht der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha für 1879 hat diese älteste und größte deutsche Lebensversicherungsanstalt im vorigen Jahre 4090 neue Versicherungen über 27,467,800 Mark abgeschlossen und d. d. d. nach Abzug der Sterbefälle und des sonstigen Abgangs, einen reinen Zuwachs von 1816 Versicherten und 16,895,100 Mark Versicherungssumme erzielt. Ihr Versicherungsbestand erhöhte sich in Folge dessen bis Ende 1879 auf 364,014,400 M. Versicherungssumme. Ganz besonders günstig waren, da das Geschäftsbereich der Bank auch im vorigen Jahre von Epidemien verschont blieb, wieder die Sterblichkeit — Ergebnisse; denn es wurden im Ganzen nur 5,842,900 M. für 1094 Geforbene zahlbar, während nach den Rechnungsgrundlagen der Bank eine Sterbefall-Ausgabe von 7,417,314 M. für 1229 Personen zu erwarten war. Es ergab sich mithin eine Minder-Ausgabe von 1,575,314 Mark für 135 Fälle. Der zum größten Theil Ende 1879 mit 80,152,159 M. gegen hypothetische Sicherheit ausgeliehene Bankfonds erhöhte sich um 6,094,532 M. und wuchs dadurch auf 90,040,673 M. an, wovon 68,812,060 M. die erforderlichen Prämien-Reserve und Nebenränge begreifen und 1,473,031 M. zur Deckung sonstiger Verpflichtungen dienen, die übrigen 19,754,982 M. aber reine Nebenschüsse bilden, welche in den nächsten 5 Jahren an die Versicherten zur Vertheilung kommen und für diese Jahre eine durchschnittliche Dividende von 41 Prozent der Jahresprämien erwarten lassen. Im laufenden Jahre beträgt die Dividende 38 Proz.; dieselbe wird sich aber im nächsten Jahre auf 39 Proz. belaufen und, und wie sich ebenfalls bereits mit ziemlicher Zuverlässigkeit feststellen läßt, im Jahre 1882 voräussichtlich auf 42 Proz. und im Jahre 1883 sogar auf 43 Prozent erhöhen. Im Gegenen hat die Bank während ihrer nun 31jährigen Wirksamkeit gegen 120,000,000 M. an fällig gewordenen Versicherungssummen ausgezahlt und mehr als 52,000,000 M. als Dividende an ihre Versicherten zurückgewährt.

Bermischtes.

* Berlin, 15. Juni. Der Erbauer der National-Galerie und der Siegesäule auf dem Königsplatz, der Geh. Oberhofbaurath und Professor Johann Heinrich Strack, ist vorgestern, 75 Jahre alt, gestorben. Er war Mitglied der Akademie und hatte eine große Anzahl hoher preußischer und ausländischer Orden. Unter den lebenden berühmten Baumeistern stand er ohne Frage mit oben an. Aber es darf nicht verkannt werden, daß seine Werke auch vielfach angegriffen worden sind. Was die National-Galerie anlangt, so ist der Tempelbau unverhältnismäßig groß gerathen und die Siegesäule ist nichts weniger als ein Muster an Grazie und architektonischer Schönheit. Strack ist ein Schüler Schinkels gewesen und seine eigentliche Carrrière begann mit dem Regierungsauftritt Friedrich Wilhelms IV., der für seine großen architektonischen Pläne an Strack einen begeisterten Mit-Schaffenden fand. Außer den schon genannten großen monumentalen Bauwerken, der National-Galerie und der Siegesäule, hat Strack eine große Anzahl der öffentlichen Bauten, die in Berlin im Laufe der letzten Jahrzehnte entstanden sind, geschaffen. So hat er den Bau der Büchsen-Petrarchie in der Gertraudenstraße, so den Bau der Andreaskirche, so den der Galerie des Raczyński'schen Palais und eines Theiles des Schlosses von Babelsberg, sowie den Ausbau des königlichen Palais geleitet. Die Portale an der mächtigen königlichen Rheinbrücke, er ebenfalls entworfen. Wenn man die Verdienste Stracks aufzählt, so muß man auch eines archäologischen Verdienstes Erwähnung thun, der durch ihn erfolgten Entdeckung und Ausgrabung des verschütteten Dionysos-Theaters unterhalb der Metropolis in Athen, das er bei einer Studienreise vor 18 Jahren daselbst auffand. Strack war feineswegs ein genialer Künstler, aber er war immerhin ein ganz eminentes Talent, dem Schinkel die Wege für sein gutes Leben gewiesen hat. In Berlin aber wird sein Name jedenfalls durch eine Reihe bedeutender Bauten verewigt sein, so lange das Berlin von heute steht. Rinder hinterläßt der Geheimrat Strack aus seiner 40jährigen Ehe nicht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. Juni. Die vielfach besprochene Kollision zwischen S. M. S. „Sachsen“ und einem englischen Schooner beschrankt sich, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, darauf, daß S. M. S. „Sachsen“ während einer Geschwindigkeits-Probe fahrt an der abgemessenen Meile der von kleinen Fahrzeugen sehr belebten Förde derart zwischen einem Schooner und einem Segelboot geriet, daß trotz der sofort angewandten Manöver eine Berührung des Schooners mit dem hinten am Backbord der „Sachsen“ hängenden Boot nicht mehr zu vermeiden war. Der Schooner häufte hierbei seinen Kluiverbaum ein, während sich die Havarie der „Sachsen“ auf Beschädigung des Rumpfes und der Bootsdarwids beschränkte. Der Schooner durfte inzwischen seine Reise bereits fortgezogen haben, während die „Sachsen“ sich, wie wir hören, auf dem Wege nach Danzig zur Vereinigung mit dem Gezwader befindet.

Schwerin, 16

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Juni. Wetter: Sehr schön.
Weizen per 1000 Kilo loko 210—240 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. — M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bez., per Juni 224 M. bez., per Juni-Juli 221½ — M. bez., per Juli-August 208½—209 M. bez., per September-Oktober 202½—203 — M. bez., per Oktober-November — M. bez., per Novbr.-Dezember — bez. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 224 M. — Roggen per 1000 Kilo loko 202—215 M. nach Qual. gefordert, Russischer 203—205 a. B. bez., inländischer 210—213 M. ab Bahn bezahlt, Hochfein — M. a. B. bez., feiner — M. f. W. bez., per Juni 192½—195 M. bez., per Juni-Juli 182½—185 M. bezahlt, per Juli-August 172—175 M. bezahlt, per August-September — M. bez., per Septbr.-Oktober 166½—168 M. bez., per Oktober-November 165—167½ M. bezahlt. Gefündigt — Ztnr. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 155—175 M. nach Qualität gefordert, Russischer 156—165 M. bez., Pommerischer 165—172 bez., Ost- und Westpreußischer — bez., Schlesischer 166—172 bez., Böh. 166—172 bez., Galizischer — bez., per Juni 156 b. — G. per Juni-Juli 154½ M. bez., per Juli-August 15½ M. bez., per August-September — M. per September-Oktober 144½ bezahlt. Gefündigt — Ztnr. Regulierungspreis — M. bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 184—205 M. bez., Hutterwaare 175—183 M. — Mais per 1000 Kilo loko 133 bis 137 M. bezahlt nach Qualität. Rumanischer — ab Bahn bezahlt, Amerikan. 136 f. W. a. R. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50—31,00 M., 0: 30,50—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inclusive Sac, 0: 28,00—27,00 M., 0/1: 27,00—26,00 M. bez., per Juni 26,60 — — M. bez.

Berlin, 16. Juni. Das gefreite Geschäft hatte matt geschlossen, die auswärtigen Börsen vermochten der rückläufigen Bewegung, welche hier eingeleitet war, keinen Widerstand entgegenzustellen, und fanden gleichfalls matte Haltung, welche wiederum hier nicht ohne Einfluss blieb. Diese Abschwächung erscheint an sich nicht unberechtigt, infolfern die rachsen Coursteigerungen der Vorwochen zu Gewinnnahmen aufzufordern; die kleine Spekulation ist zum Theil überladen und steht in der Geldknappheit der letzten Tage eine Mahnung zu Verkäufen; das Publikum bleibt aber angefischt der rachsen und großen Schwankungen zurückhaltend und neigt mehr zu Abgängen als zu neuen Ankäufen hin. Besonders schwach lagen unter diesen Verhältnissen naturgemäß die

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 16. Juni 1880.

Premische Fonds- und Geld-

Course.

Consol. Anleihe 4½ 105,70 b. —

do. neue 1876 4 100,00 b. —

Staats-Anleihe 4 99,90 G —

Staats-Schuldch. 3½ 97,00 b. —

Od.-Deichh.-Obl. 4½ —

Berl. Stadt-Obl. 4½ 103,70 b. —

do. do. 3½ 94,20 G —

Schl. d. B. Kfm. 4½ 101,50 B —

Pfandbriefe: —

Berliner 5 108,50 G —

do. 4½ 103,80 b. —

Landsch. Central 4 99,60 b. —

Kurz. u. Neumärk. 3½ 93,00 G —

do. neue 3½ 91,40 G —

do. 4 99,80 b. —

do. neue 4½ 102,70 b. —

R. Brandbg. Cred. 4 91,30 b. —

Ostpreußische 4 99,90 b. —

do. 4½ 101,50 b. —

Pommersche 3½ 91,20 b. —

do. 4 99,60 b. —

do. 4½ 102,40 b. —

Posensche, neue 4 99,90 G —

Sächsische 4 100,00 B —

Schlesische altl. 3½ 92,30 G —

do. alte A. u. C. 4½ —

do. neue A. u. C. 4 92,50 G —

Westpr. rittersch. 4 99,50 G —

do. 4 100,20 G —

do. II. Serie 5 —

do. neue 4 103,40 G —

Rentenbriefe: —

Kurz. u. Neumärk. 4 100,00 G —

Pommersche 4 99,70 G —

Posensche 4 99,90 B —

Preußische 4 99,80 B —

Rhein- u. Westfäl. 4 100,00 G —

Sächsische 4 100,00 G —

Schlesische 4 100,40 G —

Souveraines 20-Frankstücke 20,38 G —

do. 500 Gr. 16,20 b. —

Dollars 4,20 G —

Imperials 16,67 G —

do. 500 Gr. Fremde Banknoten do. einlösbar. Leipz. —

Franzöv. Banknot. 80,90 G —

Desterr. Banknot. 173,40 b. —

do. Silbergulden 217,20 b. —

Russ. Noten 100 Grbl. —

Deutsche Fonds. P.-A. v. 55 a 100 Th. 3½ 143,40 b. —

Hess. Prsfch. a 40 Th. 280,25 b. —

Bad. Pr.-A. v. 67. 4 133,10 G —

do. 35 fl. Obligat. 176,50 G —

Bair. Präm.-Anl. 4 135,00 G —

Braunschw. 20th-L. 99,75 b. —

Brem. Anl. v. 1874 99,20 b. —

Cöln.-Md.-Pr. Anl. 3½ 132,50 b. —

Dest. St. Pr.-Anl. 3½ 126,60 G —

Goth. Pr.-Pfdbr. 5 119,25 b. —

do. II. Abth. 5 118,00 G —

Hb. Pr.-A. v. 1866 3 188,25 b. —

Zubedder Pr.-Anl. 3½ 186,00 b. —

Recklenb. Eisenb. 3½ 91,75 b. —

Reiningen Loope 27,20 b. —

do. Pr.-Pfdbr. 4 123,80 b. —

Oldenburger Loope 3 152,50 b. —

do. 4 107,50 G —

do. 4½ 103,55 b. —

Öst. Hypoth. unf. 5 101,10 G —

do. 4 101,00 b. —

Klein. Hyp.-Pf. 4 101,00 b. —

Irred. Grede.-Pf. A. 5 99,25 G —

do. Hyp.-Pfdbr. 5 98,50 b. —

Wien 2½ Petersburg 6. Wien 4 p.Ct.

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T. —

do. 100 fl. 2 M. —

London 1 Lstr. 8 T. —

do. do. 3 M. —

Paris 100 Fr. 8 T. —

Big. Bapl. 100 fl. 3 T. —

do. do. 100 fl. 2 M. —

Wien östl. Währ. 8 T. 173,30 b. —

Wien östl. Währ. 2 M. 172,40 b. —

Petersb. 100 R. 3 T. 216,35 b. —

do. 100 R. 3 M. 214,40 b. —

Warschau 100 R. 8 T. 216,70 b. —

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 p.Ct. Ban-

dikonto in Amsterdam 3. Bremen —

do. do. 100 R. 3 T. 216,35 b. —

Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4. Ham-

burg — Leipzig — London 3. Paris 48,75 G —

Wien 4 p.Ct. —

per Juni — Juli 26,35—26,15—26,20 M. bez., per Juli-August 24,09 bis 25,00 — bez., per August-September — bez., per September-Oktober 24,20—24,10—24,25 M. bezahlt, per Oktober-November 23,90 — bez., per November-Dezember 23,65 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bez. N.D. — bez., Winterrüben 160—168 M. S./D. — bez., N.D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fas 55,1 M., flüssig — M., mit Fas 55,4 M., per Juni 55,1 M. bez., per Juli-Juli 55,1 M. bez., per Juli-August 55,1 M. bezahlt, per August — M. bez., per Sept.-Oktober 56,3—56,1 M. bez., per Oktober-November 56,7—56,5 M. bez., per November-Dezember 57,0 M. bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 M. bezahlt, per Juni 24,6 M. bez., per Juni-Juli — M. per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 25,0 M. bezahlt, per Oktober-November 25,5 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 64,7 — M. bez., per Juni 64,4—64,1—64,3 bez., per Juni-Juli 64,4—64,1—64,3 bez., per Juli-August 64,4—64,1—64,3 bez., per August-September 63,8—63,6—63,8 bez., per September-Oktober — 59,1 — bez., per Oktober-November — bez. Gefündigt 120,000 Liter. Regulierungspreis 64,2 M. bez. (B. B.-Z.)

Bromberg, 16. Juni 1880. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen: unverändert, hellbunt 210—215, hochbunt u. glasig 215

Roggen: fest, loco inländischer 197—200 M., polnischer 195—197 M.

Gerste: ruhig, keine Brauware 165—170, große 162—165, fein:

155—160 M.

Hafer: gesucht, loco 165—170 M.

Erbien: Kochware 165—170 M. Butterware 160—165 M.

Mais: Rüben: Raps: ohne Handel.

Spiritus: pro 100 Liter à 100 p.Ct. 62—62,50 M.

Rubelcours: 216,50 Mark.

Stettin, 16. Juni. Wetter: Leicht bewölkt. + 20 Grad N.

Barometer 28,6. Wind: S. Früh starker Regen.

Weizen ruhig, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 213—221

M., weißer 217—224 M., per Juni 222 nom., per Juni-Juli 219 M. nom., per Juli-August — M. Br., per September-Oktober 201,5—203 M. bez., Roggen fester, per 1000 Kilo loko inländischer 200—203 M., russischer 190—195 M., per Juni 188 M. nom., per Juni-Juli 178,5—181 M. bez., per Juli-August 169,5—171 M. bez., per September-Oktober 165—166—165,5 M. bez., per Oktober-November — M. Gd. — Gerste ohne Handel. Hafer unverändert, per 1000 Kilo loko Pommerscher 154—159 M., Russischer 148 bis 154 M.

Erbien ohne Handel. Winterrüben flau, per 1000 Kilo per September-Oktober 258 M. bez. u. Br., per Oktober-November — M. — Rüböl niedriger, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinstadt 55 M. Br., per Juni-Juli 54 M. bez., per September-Oktober 56 M. Br., 55,75 M. Gd., per Oktober-November — M. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter p.Ct. loko ohne Fas 62,9 M. bez., per Juni u. Juni-Juli 6